



IRex:RESEARCH

Working Paper #3 | 26.02.2025

Baden-Württemberg polarisiert sich. Ein Blick auf die Bundestagswahlen 2025

Rolf Frankenberger, Tim Fröhlich, Cornelius Klodt und Bjarne Pfau

1. Ein erster Überblick

Die extrem rechte, in weiten Teilen offen völkisch-nationalistische, fremdenfeindliche und vom Bundesamt für Verfassungsschutz gerichtsfest als rechtsextremistischer Verdachtsfall eingestufte¹ Partei Alternative für Deutschland (AfD) ist die (eigentliche) Gewinnerin der Bundestagswahl 2025, bei der mit 83,5 Prozent Wahlbeteiligung ein seit 1990 nicht mehr erreichtes Niveau erlangt wurde. Mit einem Zweitstimmenanteil von 20,8 Prozent konnte die AfD ihr Ergebnis im Vergleich zu 2021 (10,3%) gut verdoppeln und realisierte das in Umfragen im Vorfeld der Wahlen prognostizierte Potential. Dabei konnte die AfD vor allem etwa 1,81 Millionen Nichtwähler*innen mobilisieren und von der Union etwa 1,01 Millionen Wähler*innen abziehen. Auch von der FDP (890.000) und der SPD (720.000) konnte die AfD Wähler*innen gewinnen, gab hingegen selbst kaum Wähler*innen ab².

In Baden-Württemberg war die Wahlbeteiligung mit 83,4 Prozent ebenfalls historisch hoch. Hier konnte die AfD zweistellig zulegen (+10,2 Prozent), kommt somit auf 19,8 Prozent und bleibt leicht unter dem Bundesdurchschnitt. Insgesamt erzielte sie in allen 1101 Gemeinden Zugewinne sowohl bei den Erst- als auch den Zweitstimmen. Die Zweitstimmenanteile konnte sie dabei fast überall verdoppeln, allerdings kein Direktmandat erringen, obwohl sie zumindest in Pforzheim darauf gehofft hatte.

Die Wahlergebnisse sind allerdings ungleichmäßig über das Ländle verteilt. Es zeigen sich wie schon bei den Wahlen zum Europäischen Parlament 2024³, den Bundestagswahlen 2021 (Frankenberger et al 2025) und den Landtagswahlen 2021 deutliche räumliche Muster, die sich jedoch gravierend verschärft haben: Die eher ruralen Gebiete rücken nach rechts, die urbanen Zentren bleiben weitgehend resilient.

2. Verdoppelt, fast überall. Die Zweitstimmenanteile der AfD in Baden-Württemberg.

In Baden-Württemberg erzielt die AfD insgesamt 19,8 Prozent und bleibt damit einen Prozentpunkt unter dem Bundesdurchschnitt von 20,8 Prozent. In nahezu allen Gemeinden hat die AfD ihr Ergebnis verdoppeln können. In 67 Gemeinden in Baden-Württemberg kommt die AfD auf über 30 Prozent, das höchste Ergebnis erzielt sie in Grömbach mit 43,7%, gefolgt von den Gemeinden Hügelsheim mit 39,65 Prozent und Bubsheim mit 38,62 Prozent. In 40 Gemeinden stellt sie die stärkste Kraft und in insgesamt 654 von 1.101 Gemeinden liegt sie sogar über dem Bundesergebnis von 20,8 Prozent. Die niedrigsten Zweitstimmen-Ergebnisse erzielte die AfD mit 6,49 Prozent in Merzhausen und 6,51 Prozent in Tübingen. Sie bleibt in insgesamt zehn Gemeinden unter zehn sowie in weiteren 78 Gemeinden unter 15 Prozent. Dazu gehören unter anderen Ulm (13,60%), Esslingen (12,99%), Karlsruhe (13,73%), Stuttgart (11,35%), Konstanz (9,91%), Heidelberg (8,81%) und Freiburg (8,75%).

Bei den Zweitstimmen lagen die Zugewinne zwischen 3,17 Prozentpunkten in Merzhausen und 24,97 Prozentpunkten in Grömbach. In insgesamt fünf Gemeinden legt die AfD bei den Zweitstimmen mehr als 20 Prozentpunkte zu. Neben Grömbach sind dies Guggenhausen und die Gemeinden Hügelsheim, Wört und Breitingen. In 97 Gemeinden gewann sie zwischen 15 und 20 Prozentpunkte und in weiteren 677 zwischen 10 und 15 Prozentpunkte hinzu.

¹ vgl. Oberverwaltungsgericht für das Land Nordrhein-Westfalen, Aktenzeichen: 5 A 1216/22, 5 A 1217/22, 5 A 1218/22

² Vgl. <https://www.tagesschau.de/wahl/archiv/2025-02-23-BT-DE/analyse-wanderung.shtml>; 24.02.2025

³ <https://uni-tuebingen.de/de/282585>

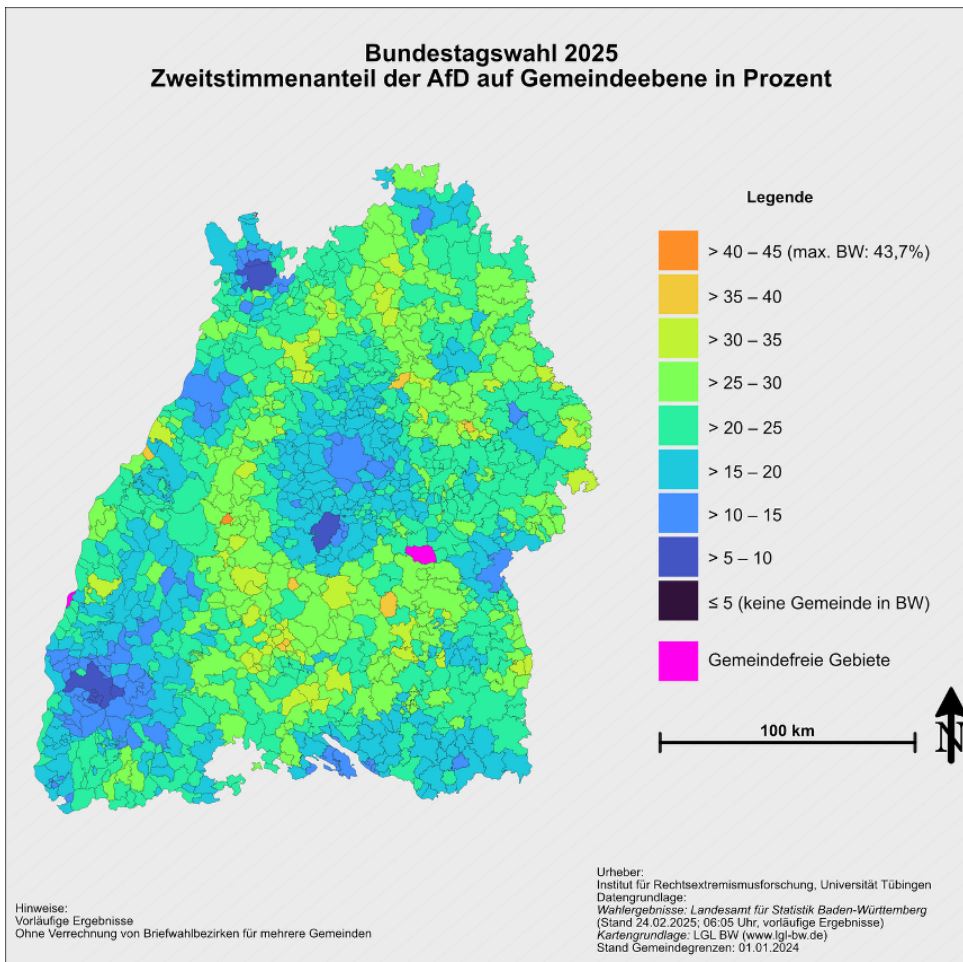


Abbildung 1: Zweitstimmenanteil der AfD in Baden-Württemberg auf Gemeindeebene (in Prozent)

Betrachtet man die räumliche Verteilung der Zweitstimmen und der Zugewinne, so zeigen sich sehr eindrückliche Muster, die sich vergleichbar bereits bei den vorangegangenen Europawahlen 2024 und Bundestagswahlen 2021 gezeigt hatten, sich nun aber nicht nur auf einem höheren Niveau befinden, sondern auch noch einmal verstärkt haben. In Abbildung 1 ist zu erkennen, dass insbesondere die großen und international wie universitär geprägten Städte und ihr Umland vergleichsweise resilient gegenüber der AfD sind: Heidelberg, Karlsruhe, Konstanz und Ulm, insbesondere aber der Großraum Freiburg und sowie die Regionen Stuttgart und Tübingen weisen deutlich niedrigere AfD-Ergebnisse auf als der Rest des Landes. Besonders gute Ergebnisse erzielt die AfD in den eher ländlich geprägten Räumen Nordschwarzwald inklusive Pforzheim-Stadt, Schwarzwald-Baar, Zollernalb, Schwäbische Alb, Schwäbischer Wald und Hohenlohe. Letztere weisen fast durchgehend mehr als doppelt so hohe Werte auf wie die Zentren.

Und auch bei der Zunahme der Stimmenanteile finden sich erneut die fast identischen Muster, wie Abbildung 2 zeigt. Die weitaus höchsten Zuwächse hat die AfD in den Regionen, in denen sie ohnehin schon stark war, während die Zugewinne in den urbanen Zentren sehr gering ausfallen. Damit vertieft sich die Kluft zwischen ruralen und urbanen Räumen weiter und trägt zu einer Polarisierung der Gesellschaft bei, die in einigen Kommunen an den Rändern oder Übergängen zwischen den beiden Raumtypen exemplarisch greifbar wird, wie etwa in Bodelshausen im Kreis Tübingen.

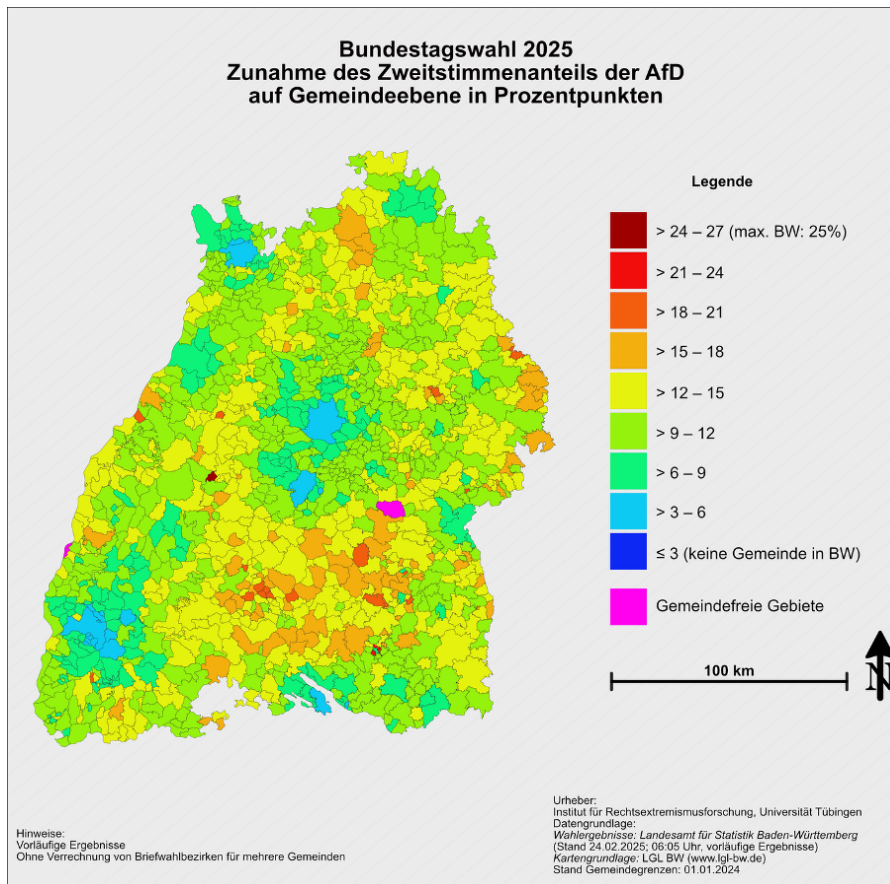


Abbildung 2: Veränderung des Zweitstimmenanteils der AfD in Baden-Württemberg von 2021 auf 2025 auf Gemeindeebene

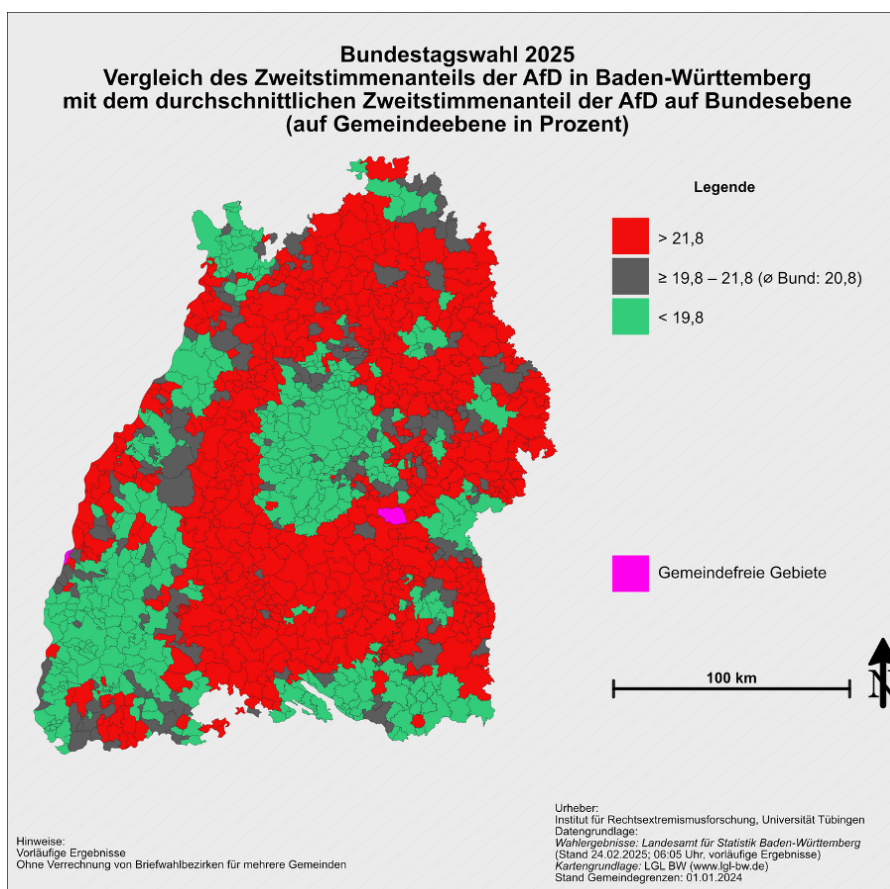


Abbildung 3: Vergleich des Zweitstimmenanteils der AfD in Baden-Württemberg im Vergleich zum Bundesdurchschnitt

Besonders eindrücklich ist diese Kluft in Abbildung 3 zu erkennen. Hier sind die Gemeinden Baden-Württembergs in drei Klassen eingeteilt. Die mittlere, hier grau dargestellte, Klasse umfasst jeweils einen Prozentpunkt plus/minus um den Bundeswert der AfD (20,8%), also von 19,8 bis 21,8 Prozent. Die grün eingefärbten Gemeinden liegen unter 19,8 Prozent und haben damit ein unterdurchschnittliches AfD-Ergebnis. Die rot eingefärbten Gemeinden liegen jeweils über 21,8 Prozent und weisen damit ein überdurchschnittliches AfD-Ergebnis auf. Mit einigen Ausnahmen, vor allem im Rheintal und im Südschwarzwald, finden sich die Hochburgen der AfD in einem breiten Gürtel, der sich um die Region Stuttgart legt. Ausgespart sind jeweils die Universitätsstädte, aber auch Oberschwaben und kleinere Einsprengsel im Nordosten Baden-Württembergs.

In diesen Regionen liegen mit wenigen Ausnahmen (wie etwa Lahr, Rastatt oder Singen am Hohenwiel) die meisten der 40 Gemeinden, in denen die AfD nach Zweitstimmen die stärkste Kraft wurde. Abbildung 4 zeigt dies deutlich. Zudem zeigt sich, dass abgesehen von den sieben Gemeinden, in denen die Grünen die stärkste Kraft stellen, Baden-Württemberg fest in Unionshand befindlich erscheint. Allerdings ist auch in vielen dieser Gemeinden die AfD sehr nahe an die CDU herangerückt.

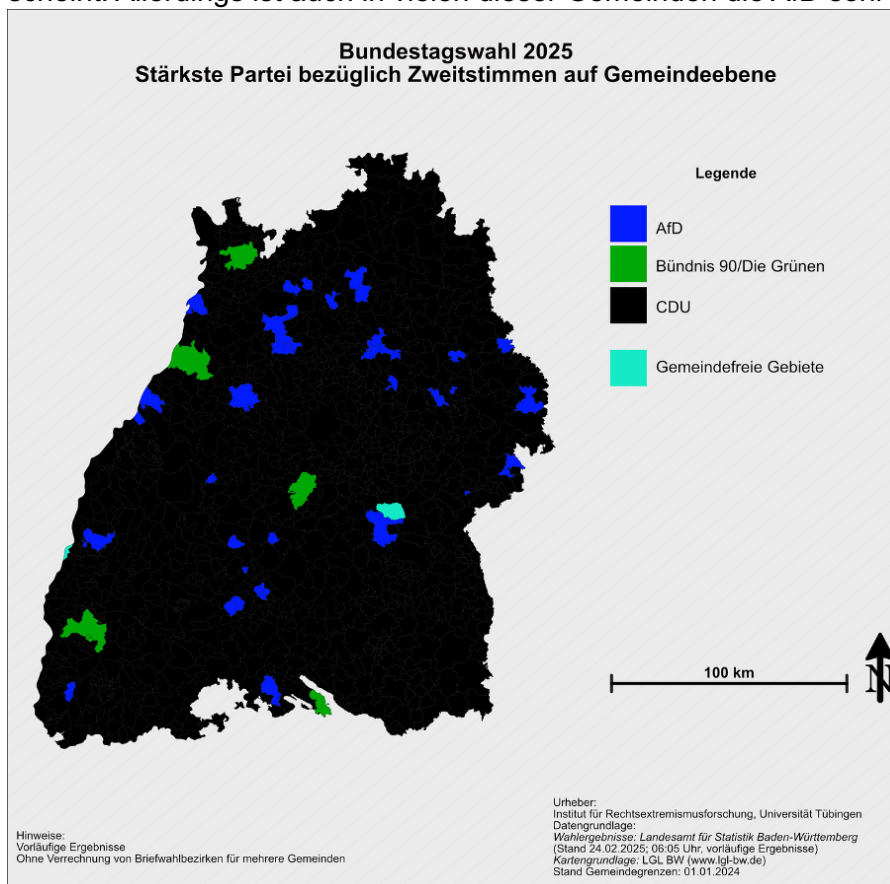


Abbildung 4: Stärkste Partei nach Zweitstimmen in Baden-Württemberg auf Gemeindeebene

3. Die AfD wird salonfähig. Auch mit ihrem Personal vor Ort

Ähnlich wie bei den Zweitstimmen kann die AfD bei den Erststimmen flächendeckend Gewinne verzeichnen. Die Zugewinne bei den Erststimmen lagen zwischen 2,95 (Tübingen) und 22,43 Prozent. In insgesamt 10 Gemeinden wird die AfD auch nach Erststimmen die stärkste Kraft: Grömbach, Gemeinde Hügelsheim, Bubsheim, Spiegelberg, Ruppertshofen, Trossingen-Stadt Großerlach, Möckmühl-Stadt, Täferrot, Lahr/Schwarzwald-Stadt. In Bubsheim gewinnt sie gar 40,09 Prozent der

Erststimmen. In insgesamt 60 Kommunen kommt sie auch bei den Erststimmen auf über 30 Prozent. In 206 Gemeinden erzielt sie Ergebnisse zwischen 25 und 30 Prozent. In vier Gemeinden legt die AfD bei den Erststimmen um mehr als 20 Prozentpunkte zu. In 86 Gemeinden legt sie zwischen 15 und 20 Prozentpunkte sowie in weiteren 617 Gemeinden zwischen 10 und 15 Prozentpunkte zu.

Am schwächsten ist die AfD bei den Erststimmen in jenen Gemeinden, in denen sie die geringsten Zweitstimmenanteile einfahren konnte: 6,06 Prozent in Tübingen und 6,22 Prozent in Merzhausen. Allerdings bleibt sie in nur 16 Kommunen unter 10 Prozent und in 96 Gemeinden zwischen 10 und 15 Prozent. In diesen Kommunen fallen auch die Zuwächse an Wählerstimmen für die AfD vergleichsweise gering aus. Die räumliche Verteilung der Erststimmenanteile deckt sich im Wesentlichen mit der Verteilung der Zweitstimmen, wie Abbildung 5 zeigt.

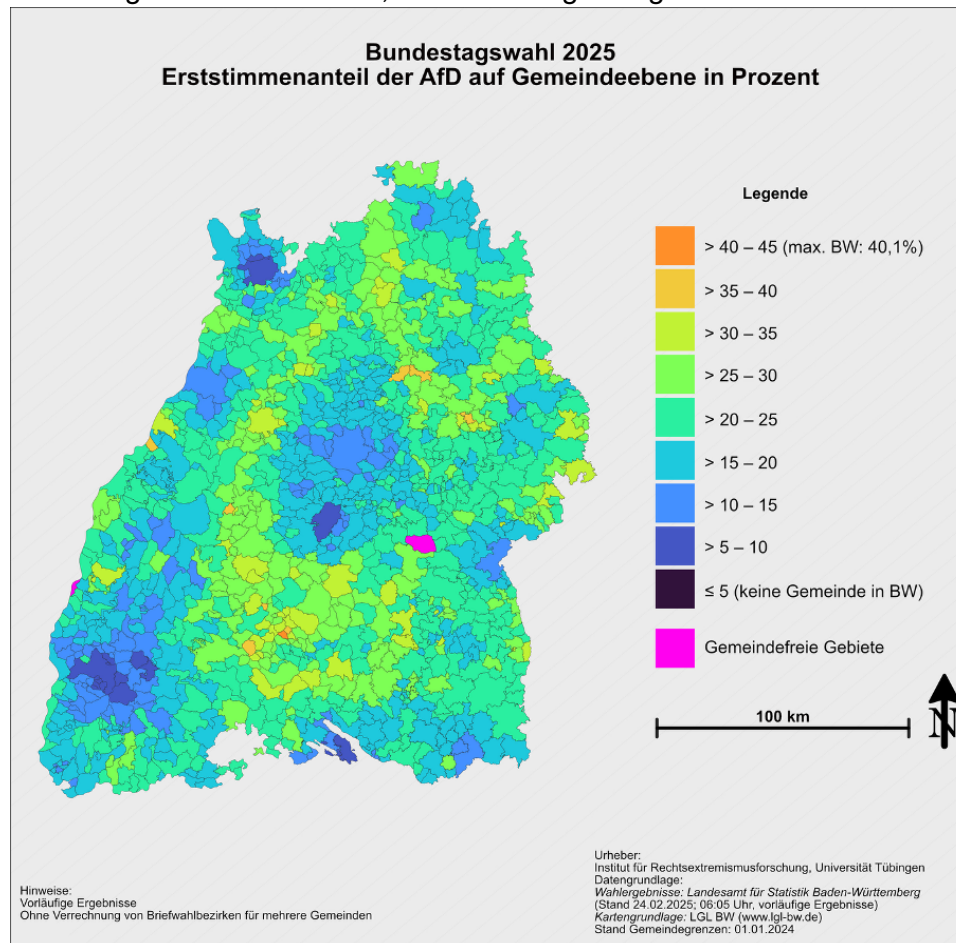


Abbildung 5: Erststimmenanteil der AfD in Baden-Württemberg auf Gemeindeebene (in Prozent)

Die Erststimmenzuwächse folgen nahezu ausschließlich diesem Muster, wie in Abbildung 6 dargestellt wird. Besonders stechen dabei Gemeinden auf der Schwäbischen Alb, aber auch im Nordschwarzwald, in der Hohenlohe und bis hin zum Odenwald hervor, wo die AfD sich auch bei den Erststimmen - von hohem Niveau ausgehend - deutlich steigert, während es abermals die urbanen Räume sind, in denen AfD-Direktkandidat*innen nur geringe Chancen haben. Dennoch wird die AfD in zehn Gemeinden auch bei den Erststimmen die stärkste Kraft. In sieben Gemeinden holen die Grünen die meisten Erststimmen, in Emmendingen die SPD und der Rest des Landes wird auch hier von der CDU dominiert, wie Abbildung 7 zeigt. Allerdings kommt auch bei den Erststimmen die AfD der CDU in einigen Gemeinden sehr nahe.

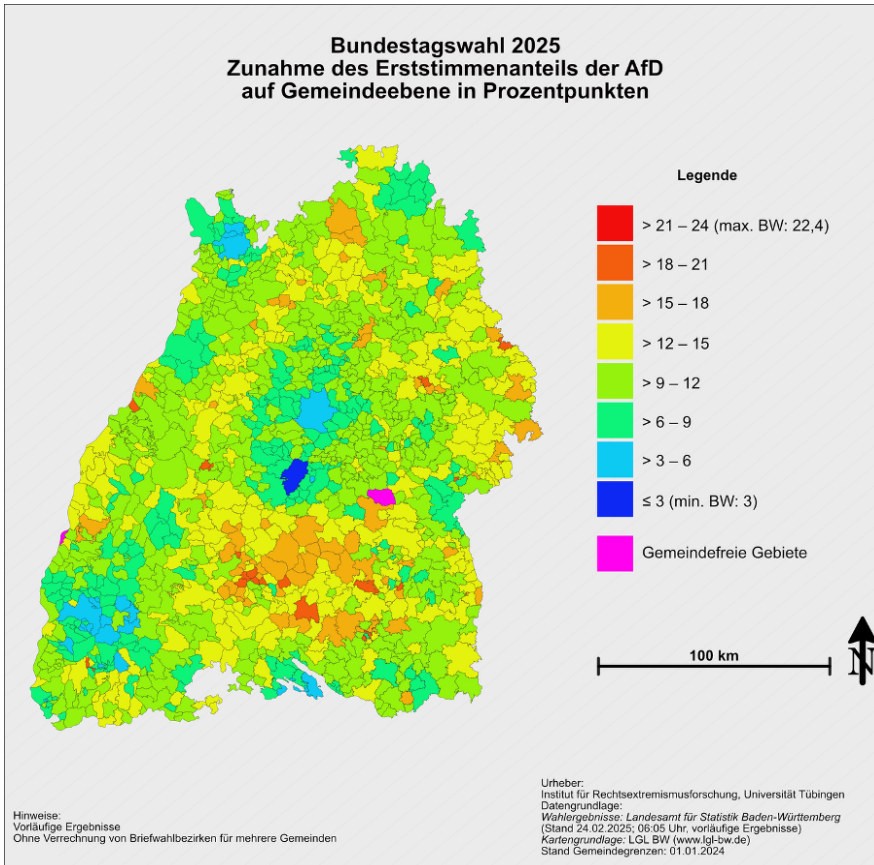


Abbildung 6: Veränderung des Erststimmenanteils der AfD in Baden-Württemberg von 2021 auf 2025 auf Gemeindeebene (in Prozentpunkten)

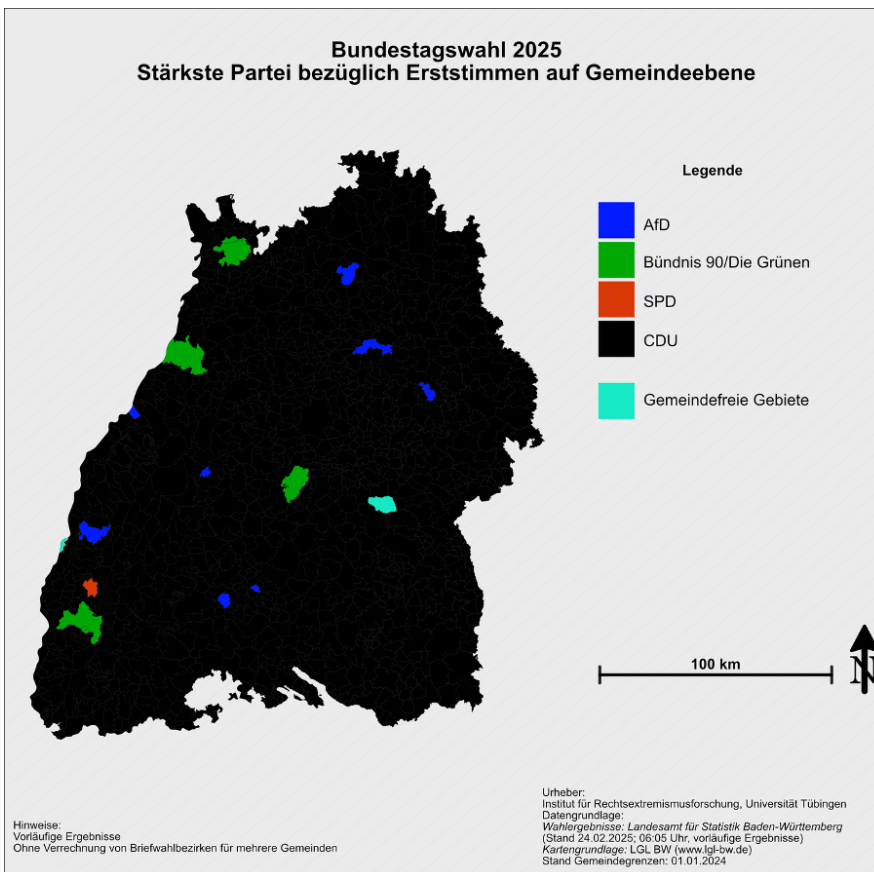


Abbildung 7: Stärkste Partei nach Erststimmen in Baden-Württemberg auf Gemeindeebene

4. Die AfD beißt sich fest. Von der Protestwahl zur ideologischen Wahl.

Betrachtet man zusätzlich die Differenzen zwischen Zweit- und Erststimme, so zeigt sich, dass die AfD in 845 Gemeinden mehr Zweitstimmen als Erststimmen auf sich vereinen konnte. Die größte Differenz betrug 5,50 Prozentpunkte in Emeringen. In fünf Kommunen allerdings waren die Prozentanteile nahezu identisch und in den restlichen 251 Gemeinden erzielte die AfD mehr Erststimmen als Zweitstimmen, wobei die größte Differenz bei -3,07 Prozentpunkten lag. Während eine Entkopplung von Zweit- und Erststimmen zugunsten der Zweitstimmen nahelegt, dass es sich entweder um eine Parteiwahl oder aber zumindest um Anteile einer Protestwahl beziehungsweise Strategischen Wahl zugunsten eines aussichtsreicheren Erststimmenkandidaten handelt, verweist eine annähernde Stimmenanteilgleichheit auf ideologisch gefestigte Wahlmotive (vorausgesetzt, dass es sich überwiegend um dieselben Personen handelt und diese beide Stimmen einer Partei gegeben haben). Wer einer Partei ideologisch gefestigt nahesteht, wird ihr beide Stimmen geben. Das wiederum deutet im Falle der AfD darauf hin, dass sie sich nicht nur als Partei etabliert hat, sondern dass auch das Personal vor Ort als wählbar und aussichtsreich wahrgenommen wird. Insgesamt kann also davon ausgegangen werden, dass es sich bei den Wahlentscheidungen für die AfD weitestgehend um eine ideologische Wahl handelte, während kaum taktisch gewählt wurde. Diese Diagnose steht im Einklang mit Nachwahlbefragungen, die darauf hindeuten, dass Programm und Positionen der Partei für eine große Mehrheit der Wähler*innen entscheidend waren. In den Kommunen mit mehr Erst- als Zweitstimmen kommt mutmaßlich ein Persönlichkeitseffekt hinzu.

5. Was sagen uns die Strukturdaten?

Die Erfolge extrem rechter Parteien wurden in der Vergangenheit anhand verschiedener Ansätze erklärt, wie etwa denen zu Modernisierungsverlierern, sozialstruktureller Ungleichheit, kulturellen Bedrohungen, Nationalismus oder dem Gegensatz von Kommunitarismus und Kosmopolitismus (vgl. Pickel 2019). Auch wenn gesellschaftliche Entwicklungen ursächlich für diese Phänomene sind, werden sie meist auf der Ebene der Menschen, ihrer Einstellungen und Meinungen untersucht. Im Unterschied dazu verwenden wir Strukturdaten, also Daten, die die Eigenschaften, den Aufbau und die Organisation einer Gebietskörperschaft beschreiben. Für die Analyse der Wahlerfolge der AfD bei der Bundestagswahl 2025 haben wir wie schon für die Bundestagswahl 2021 (vgl. Frankenberger et al 2025) solche Daten auf Gemeindeebene verwendet. Dazu gehören Daten zu Siedlungsstruktur, Soziodemographie, Wirtschaft, Finanzen, Infrastruktur und Nahversorgung⁴. Kurz, all die Dinge, die eine Gemeinde ausmachen und somit das Lebensumfeld der Menschen prägen.

Während eine statistische Modellierung auf Bundesebene größere Herausforderungen mit sich bringt,⁵ ist eine Analyse von Strukturdaten auf regionaler Ebene unproblematisch, wie unsere eigenen Analysen für Baden-Württemberg zur Bundestagswahl 2021 sowie zur Europawahl 2024 sowie vergleichbare Studien etwa zu Sachsen (vgl. Dilling et al 2024) zeigen. Mit unseren insgesamt dreizehn

⁴ Ähnliche Modelle verwenden beispielsweise Kiess und Dilling (2024a;b) für die Landtagswahlen und Europawahlen in Sachsen.

⁵ Auf Bundesebene zeigten sich z.B. für 2021 regionalspezifische Verteilungsmuster der Wahlergebnisse, für die in der Regression nicht ausreichend mit Bundesland-Dummies kontrolliert werden konnte. Darüber hinaus finden sich bundesweit sehr unterschiedliche Gemeindegrößen, so etwa in Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein, die durch zum Teil sehr kleine Gemeinden geprägt sind. Die Strukturdaten sind für kleine Gemeinden anfällig in Bezug auf Schwankungen aufgrund der Normierung an der Gemeindegröße, während größere Gemeinden diesbezüglich robust sind. Diese haben dann überdurchschnittlichen Einfluss auf die Regressionsanalyse. Dies gilt für die Mehrzahl der verwendeten Variablen. Aufgrund dieser und weiterer Datenprobleme haben wir auf ein gesamtdeutsches Regressionsmodell verzichtet.

Variablen können wir für Baden-Württemberg 27,5 Prozent der Varianz des AfD-Wahlergebnisses bei den Bundestagswahlen 2025 erklären. ohne allerdings durchschnittliche Wahlentscheidungseffekte auf der Ebene der Individuen abbilden zu können. Das von uns verwendete Modell umfasst 12 Einzelvariablen und eine Faktorvariable. Eine detaillierte Beschreibung der Variablen inklusive Datenquelle findet sich im Anhang.

Tabelle 1: Verwendete Strukturvariablen

Dimension	Variable
Siedlungsstruktur	Einwohner*innendichte (EW/km2)*
Soziodemographie	Wanderungssaldo je 1000 Einwohner*innen
	Bevölkerungsanteil der 18-25-Jährigen (in %)
	Bevölkerungsanteil der über 65-Jährigen (in %)
	Bevölkerungsanteil Männer (in %)
	Bevölkerungsanteil römisch-katholische Religionsgemeinschaft (in %)
	Ausländer*innenanteil (in %)
Wirtschaft	Durchschnittliche Kaufkraft pro Einwohner:in (in 1000€)
	Steuerkraft pro Einwohner:in (in €)*
	Arbeitslose je 1000 Einwohner*innen
Infrastruktur	Durchschnittliche Luftdistanz zur nächsten ÖPNV-Haltestelle*
	Durchschnittliche PKW-Fahrzeit zum nächsten IC/ICE-Bahnhof (in Minuten)
	Infrastrukturelle Nahversorgung (Faktorvariable)**

*Variable wurde aufgrund schiefer Verteilung logarithmiert. Die Koeffizienten sind daher entsprechend zu interpretieren

**Der Faktor besteht aus einwohnergewichteter Distanz zum nächstliegenden Supermarkt/Discounter, Grundschule und Apotheke. Hauptkomponentenanalyse, (Baden-Württemberg: KMO: 0,68; Bartlett: signifikant auf >0,0001-Niveau)

Die Variablen wurden in einem linearen Regressionsmodell auf Einflussgröße und Signifikanz getestet. Die Regression wurde auf Autokorrelation, Heteroskedastizität und Multikollinearität geprüft. Während erstere beide nicht vorliegen, findet sich Multikollinearität zwischen den Variablen Ausländeranteil und Arbeitslosigkeit ($r=0.69$). Ohne für die Arbeitslosigkeit zu kontrollieren, hat der Ausländer*innenanteil mit einem Regressionskoeffizienten von 0,7 einen höchstsignifikanten positiven Einfluss auf das Wahlergebnis der AfD. Wird für Arbeitslosigkeit kontrolliert, dann wird der Zusammenhang negativ und nicht signifikant. Welche kausalen Effekte hinter diesem Befund stecken, ist nur schwer zu interpretieren. Er bedeutet jedenfalls nicht, dass Ausländer*innen häufig AfD wählen oder arbeitslos sind, da es sich dabei um Strukturdaten handelt. Solche und ähnliche Rückschlüsse wären so genannte ökologische Fehlschlüsse.

6. Strukturdatenanalyse für Baden-Württemberg

Betrachtet man die Analyse für Baden-Württemberg, so wird klar, dass sowohl Siedlungsstruktur als auch zentrale Variablen der Soziodemographie, Wirtschaft und Infrastruktur signifikant zur Erklärung des AfD-Wahlergebnisses beitragen. Lediglich die Variablen Bevölkerungsanteil der 18-25-Jährigen ($p: 0,295$), Wanderungssaldo ($p: 0,432$); Ausländer*innenanteil ($p: 0,738$), Steuerkraft pro Einwohner:in ($p: 0,721$) und Nahversorgung ($p: 0,262$) sind nicht signifikant. Während vier der fünf Variablen schon im Modell von 2021 nicht signifikant waren, ergibt sich eine zentrale Änderung: Hatte der Ausländeranteil für das Jahr 2021 noch signifikant negativen Einfluss auf die Wahl der AfD, so ist er für das Jahr 2025 nicht mehr signifikant. Wie Tabelle 2 verdeutlicht, finden sich folgende Einflüsse:

- Jeweils signifikant negativ wirken sich vier Variablen auf das AfD-Wahlergebnis aus: Je höher jeweils die Einwohner*innendichte, der Anteil der über 65-Jährigen, der Anteil der Mitglieder der römisch-katholischen Religionsgemeinschaft und die Kaufkraft, desto niedriger ist das AfD-Wahlergebnis.
- Die Variablen Kaufkraft sowie die nicht signifikanten Variablen Ausländer*innenanteil, Steuerkraft und ÖPNV-Dichte lassen sich als direkte oder indirekte Effekte der Siedlungsstruktur interpretieren: Je urbaner die jeweilige Kommune, desto schwächer die AfD.
- Dies wird auch durch eine separate Analyse der Nahversorgung unterstützt. Wird diese in einer eigenen Regressionsanalyse untersucht, ist deren Erklärungskraft signifikant und bleibt dies auch bei der Verwendung von Kontrollvariablen. Je besser die Nahversorgung, desto niedriger die AfD-Ergebnisse.
- Der Katholik*innenanteil hingegen verweist auf eine starke Wertebindung, ist in bestimmten Regionen höher und zählt dort auch auf die Resilienz ländlicher Räume ein, etwa in Südbaden und Teilen Oberschwabens.
- Jeweils positiv auf das AfD-Wahlergebnis wirken sich der Männeranteil, der Anteil Arbeitsloser, die Distanz zu Bahnhöfen und ÖPNV-Haltestellen aus. Je höher diese sind, desto höher der AfD-Anteil. Dies sind Hinweise darauf, dass die entsprechenden Kommunen sozial wie ökonomisch von der Modernisierung abgehängt sind. Hinzu kommen persönlichkeitspsychologische und soziologische Faktoren in Hinblick auf den Männeranteil, wie etwa die Sozialisation.

Das Modell bleibt insgesamt weitestgehend stabil und erklärt mit 27,5 Prozent sogar etwas mehr Varianz als für das Jahr 2021 (26,0 Prozent). Besonders auffällig ist, dass sich die standardisierten Beta-Koeffizienten für Einwohnerdichte und für den Anteil der über 65-Jährigen sowie für den Männeranteil für das Jahr 2025 vergrößert haben. Für sich genommen sind diese Veränderungen zwar mit Vorsicht zu interpretieren, nimmt man sie allerdings zusammen mit den Wahlergebnissen der AfD in den Blick, so ergeben diese Entwicklungen der Koeffizienten Sinn. Denn die AfD schneidet überdurchschnittlich gut bei Männern ab, während sie die geringsten Zuwächse in urbanen Räumen sowie bei den Älteren hat. Sollten gesellschaftliche Polarisierungseffekte innerhalb der Gesellschaft existieren, dann könnte man erwarten, dass sich diese auch entlang der Unterschiede in den sozio-ökonomischen, kommunalen Strukturen intensivieren.

Auch wenn eine Auftrennung der Effekte entlang des Individuums auf der einen Seite und seiner Umwelt auf der anderen Seite nicht möglich ist, bietet die Regression Hinweise auf die Wirkmächtigkeit regionaler und lokaler Faktoren. Darüber hinaus verweisen sowohl die Varianzaufklärung als auch die Wahlergebnisse auf Faktoren, die über Strukturdaten nur unzureichend erfassbar sind, zumal die Strukturdaten in den meisten Variablen nur minimale Schwankungen aufweisen. Interessanterweise zeigen sich sogar in den Daten für die Wahl 2025 höhere Mittelwerte für die Kaufkraft und die

Steuereinnahmen sowie ein niedrigerer Arbeitslosenanteil. Diese ökonomischen Daten entwickeln sich also in eine Richtung, die der AfD-Wahl abträglich ist. Diese Befunde verweisen umso mehr auf Faktoren, die auf der Einstellungs- und Meinungsebene liegen und die den objektiven Gegebenheiten womöglich zuwiderlaufen. Dies dürfte insbesondere für eine gefühlte ökonomische Deprivation sowie Abstiegsängste gelten. Betrachtet man zudem die regionalen Muster der AfD-Ergebnisse, verfestigt sich der Eindruck, dass hier auch sozialisatorische Effekte der Weitergabe sowie der Normalisierung rechtsextremer Ideologeme und mithin die regionale politische Kultur von besonderer Bedeutung sind.

Tabelle 2: Strukturdatenanalyse Befunde

Dimension	Variable	Standardisierter Regressionskoeffizient
Siedlungsstruktur	Einwohner*innendichte	--
Soziodemographie	Wanderungssaldo	
	Bevölkerungsanteil 18-25-Jährige	
	Bevölkerungsanteil über 65-Jährige	--
	Bevölkerungsanteil Männer	++
	Bevölkerungsanteil röm.-kath. Rel.	--
	Ausländer*innenanteil	
Wirtschaft	Durchschnittliche Kaufkraft pro EW	--
	Steuerkraft pro EW	
	Arbeitslose je 1000 EW	++
Infrastruktur	Durchschnittliche Luftdistanz zur nächsten ÖPNV-Haltestelle	+
	Durchschnittliche PKW-Fahrzeit zum nächsten IC/ICE-Bahnhof	+
	Infrastrukturelle Nahversorgung	

Nicht signifikante Effekte sind in der Tabelle nicht aufgeführt. + zeigt positive Zusammenhänge an, - zeigt negative Zusammenhänge an. Die Anzahl der Zeichen zeigt die unterschiedliche Stärke an.

Allerdings verbleibt im Unklaren, inwieweit strukturelle und individuelle Eigenschaften miteinander zusammenhängen. Dies könnte durch die Kombination von Individual- und Gemeindedaten beispielsweise in Mehrebenenmodellen überprüft werden. Auch zeigt sich, dass wir differenziertere Strukturdaten auf kommunaler Ebene benötigen, um bessere statistische Modelle erstellen zu können. Und nicht zuletzt müssen diese Analysen ergänzt werden durch Fallstudien, Befragungen und Beobachtungen vor Ort, um verstehen zu können, in welchen Lebenswelten die extreme Rechte erfolgreich mobilisiert und warum⁶.

⁶ Vgl. zur Diskussion von Strukturdatenanalysen zur Erklärung der Wahlerfolge extrem rechter Parteien Fröhlich et al 2024.

7. Welche Aussagen bezüglich des Wahlerfolgs der AfD sind auf der Basis von Strukturdaten möglich?

Die Analyse von Strukturdaten ermöglicht eine Vorhersage darüber, wo aufgrund verschiedenster Mechanismen höhere AfD-Zweitstimmenergebnisse zu erwarten sind, ohne Aussagen über den konkreten kausalen Mechanismus zuzulassen. Denn kausale Zusammenhänge können bei Wahlentscheidungen ausschließlich vermittelt über die Wähler*innen laufen. Das durchschnittliche Einhergehen von höheren Arbeitslosenanteilen mit höheren AfD-Zweitstimmenanteilen in einer Gemeinde ist hierfür ein gutes Beispiel. So bedeutet dies nicht notwendigerweise, dass Arbeitslose überdurchschnittlich häufig die AfD wählen, denn es wäre durchaus möglich, dass hohe Arbeitslosigkeit ihrerseits dazu führt, dass insbesondere erwerbsfähige Menschen hier im Kontakt mit höherer Arbeitslosigkeit Abstiegsängste entwickeln, die von der AfD aufgegriffen werden. Dieses Beispiel verdeutlicht zudem auch die notwendigen Abstraktionen, die innerhalb potentieller Erklärungen von Strukturdaten gemacht werden müssen.

7.1 Kontexteffekte und Kompositionseffekte

Es ist zudem anhand von Strukturdaten allein nicht möglich, zwischen sogenannten Kompositions- und Kontexteffekten zu unterscheiden. Handelte es sich um Kompositionseffekte, so wären unterschiedliche Wahlergebnisse der Gemeinden das Resultat von Unterschieden in der Zusammensetzung der Individualmerkmale von Bürger*innen in den Gemeinden. Entsprechend hätte die Struktur/der Raum der Gemeinde keine eigene Erklärungskraft. Handelte es sich hingegen um einen Kontexteffekt, dann hätte der Raum bzw. die Struktur der Gemeinde eine selbstständige Erklärungskraft, indem sie die Handlungs- und Erfahrungskontexte der Menschen prägten und dadurch deren Wahrnehmung und letztlich Wahlentscheidung beeinflussten.

Im Rahmen von Kompositionseffekten wäre ein höheres AfD-Zweitstimmenwahlergebnis zum Beispiel dem Umstand geschuldet, dass in entsprechenden Gemeinden vergleichsweise mehr Menschen leben, die selbst häufiger Statusverlust und Benachteiligung erfahren haben. Im Rahmen von Kontexteffekten hingegen wäre ein höheres AfD-Zweitstimmenwahlergebnis zum Beispiel dem Umstand geschuldet, dass allgemeine Lebensumstände in entsprechenden Gemeinden durchschnittlich häufiger und unabhängig von der eigenen Situation als Benachteiligung empfunden werden. Hier hätte der Kontext dann einen eigenen Einfluss, sodass Strukturänderungen in der Gemeinde diese potenziell resilienter gegenüber AfD-Wahl machen könnten.

Nimmt man die weiter oben skizzierten Brückenhypothesen hier an, dann können Strukturdaten als wesentliche Bestandteile gesehen werden, die zu Unterschieden in den Wahlerfolgen der AfD führen. Sozio-demographische, ökonomische und infrastrukturelle Entwicklungen können dann als maßgebende Determinanten für die Lebenswelt von Individuen und deren potenziellem Wahlverhalten gesehen werden. Die genannten Faktoren bilden auf Gemeindeebene dabei die alltägliche Lebenswelt von Individuen ab. Die gemachten Erfahrungen und die Wahrnehmungen dieser Alltagswelt können sich durch schlechtere infrastrukturelle Versorgung, sozial-demographische Entwicklung und ökonomische Performanz sowie soziale-kulturelle Angebote verändern. Wenn diese Erfahrungen und Wahrnehmungen zunehmend negativ werden, nähern sie sich den Problem- und Krisenkonstruktionen der AfD an. Deren Lösungsangebote werden attraktiver und Menschen entscheiden sich für die Wahl der AfD. So erzielt die AfD Wahlerfolge.

Inwiefern die Struktur einer Gemeinde auf individueller Ebene tatsächlich auch Einstellungen beeinflusst und inwiefern die weiter oben beschriebenen Kausalmechanismen in einer Gemeinde

tatsächlich greifen, kann durch die reine Analyse von Strukturdaten nicht überprüft werden. Auch ist es nicht möglich, auf Basis der Analyse konkrete Rückschlüsse auf das Wahlverhalten einzelner Gruppen innerhalb der Gemeinde zu ziehen. Sprich: statistische Analysen von Strukturdaten stoßen an ihre Grenzen, wenn es um die konkreten Mechanismen vor Ort und auf individueller Ebene geht.

8. Fazit: Nach rechts und auseinander. Wie sich die Gräben zwischen ruralen und urbanen Räumen vertiefen.

Die Wahlergebnisse der AfD in Baden-Württemberg und ihre Verteilung bestätigen eindeutig die These einer zunehmenden gesellschaftlichen Polarisierung bei gleichzeitiger Radikalisierung der extrem rechten Kräfte. Die Polarisierung verläuft entlang einer Konfliktlinie, die räumlich und mental zu verstehen ist: Zwischen dem Ruralen und dem Urbanen. Die eher rural geprägten Gebiete und Lebenswelten rücken nach rechts, die urbanen Zentren und Lebenswelten bleiben weitestgehend resilient gegenüber der rechten Versuchung. Dies rückt regionale Produktions-, Kultur-, Denk- und Einstellungsmuster als weitere Faktoren zur Erklärung der Wahlergebnisse in den Mittelpunkt. Ländliche und städtische Gebiete begreifen wir dabei nicht nur als bauliche Siedlungsformen, sondern, auf den Überlegungen von Lefebvre (2013), Förtner et al (2019), Merkel (2019) und Kühne (2016) und weiteren aufbauend, auch als mentale und soziale Konstrukte, die mit bestimmten Einstellungen, Erfahrungen und Traditionen – kurzum Lebenswelten – einhergehen.

Die dichotome Abgrenzung von ländlichen und städtischen Räumen lösen wir dabei auf und überführen sie in das Konzept ruraler und urbaner Räume, welche, abgelöst von der konkreten Siedlungsform, durch die Raumproduktion (im Sinne von urbanem und rurealem Zusammenleben) theoretisch an jedem Ort vorkommen können. Urbane und rurale Raumproduktionen können wir dann als Muster, beispielsweise auf den gezeigten Karten, wiedererkennen. Sie stellen eine „Materialisierung sozialer Prozesse“ (Förtner et al 2019: 29) dar.

Dass sich diese Muster räumlich zeigen, kann auf die Konzepte von Zentralität und Peripherie zurückgeführt werden (siehe Belina 2022, Lefebvre 2013). Das Urbane entsteht nach diesem Verständnis an Orten mit hoher Zentralität. Zentralität ist dabei als die Konzentration verschiedener Dinge und Ereignisse zu verstehen, die zu Differenzenerfahrungen im Aufeinandertreffen des Unterschiedlichen führen. Das Urbane greift dabei durch ökonomische Globalisierung, Infrastrukturausbau, Mobilität und digitalen Medien immer weiter aus. Dem gegenüber steht das Rurale, welches durch die Raumform der Peripherie geprägt ist.

Den Ausgangspunkt dieser Entwicklung stellt das Aufbrechen von Dichotomien insbesondere in der Postmoderne dar. Vielfältigkeit, Uneindeutigkeit und zuweilen auch Inkommensurabilitäten gesellschaftlicher Praktiken sind zunehmend der Normalzustand. Dies betrifft auch und gerade den Gegensatz zwischen Stadt und Land (siehe vertiefend Kühne 2016, Kühne und Weber 2019). Übergänge physischer und mentaler Art zwischen den zuvor getrennten Konstrukten werden unschärfer, sie verwischen gleichsam. Dies zeigt sich, wenn urbane Raumformen wie Windkraftanlagen in zuvor rural konstruierte Räume eindringen. Und es zeigt sich gleichermaßen, wenn urbane Lebensweisen und -entwürfe wie Wohngemeinschaften, alternative Familienformen, nicht-binäre Identität oder gelebte räumliche und digitale Mobilität vermehrt in zuvor klassisch als rural verstandenen Räumen zu finden sind. Gleichzeitig dringen auch rurale (wenn auch vermutlich in kleinerem Maßstab) Einstellungen und Lebensweisen in urbane Räume ein, etwa durch (arbeitsmarktbedingte) Migration. Und so finden sich letztlich rurale Identitäten und Einstellungen auch in urbanen Kontexten, in denen ihnen die räumlichen Bezugspunkte fehlen.

Dort, wo das ‚Urbane‘ und das ‚Rurale‘ sich gegenseitig in Frage stellen, entstehen Konfliktpotentiale. Dies geschieht insbesondere dann, wenn zuvor rurale Räume immer stärkeren Urbanisierungsprozessen ausgesetzt sind und damit eine Wahrnehmung der Verdrängung des Ruralen verbunden wird. Werden urbane Manifestationen, Merkmale und Eigenschaften wie beispielsweise Globalität, Multikulturalität und Diversität mit negativen Folgen für den ruralen Raum und die mit ihm verbundenen Lebensweisen assoziiert, so bietet das Ansatzpunkte für eine Politisierung von Lebensweisen.

Extrem rechte Parteien setzen in vielerlei Hinsicht auf eine solche Politisierung, indem sie Bedrohungen des ‚Eigenen‘, des ‚Traditionellen‘, des ‚Ländlichen‘ konstruieren und mit extrem rechten Ideologemen verbinden. Das Globale, Urbane, Plurale wird so zu einem Feindbild konstruiert (vgl. Frankenberger et al. 2024). Diese Strategien sind insbesondere bei Personen anschlussfähig, die ein eher kommunitaristisches, partikulares und traditionales Weltbild haben und entsprechende Einstellungen teilen. Umfragen und Wahlergebnisse deuten darauf hin, dass ein solches Weltbild eher von Personen im ruralen Raum geteilt wird, die gleichzeitig von (als negativ wahrgenommenen) Urbanisierungsprozessen betroffen sind. Den Gegenpol, Personen mit kosmopolitischem Weltbild, finden wir hingegen verstärkt an Orten, welche stark von den Urbanisierungsprozessen profitieren bzw. die bereits in voll-urbanen Räumen wohnen und das Urbane positiv assoziieren (vgl. Merkel 2019).

Dies bestätigt sich auch in der Analyse der Bundestagswahl 2025: Wir sehen, dass die AfD vor allem im ruralen Raum Stimmen hinzugewinnen konnte, die niedrigsten Zugewinne konnte sie in Universitätsstädten erzielen, also an Orten, denen wir eine hohe Urbanität sowie eine eher kosmopolitisch geprägte Bevölkerung zuschreiben. Auch insgesamt wird dieses Muster deutlich: Urbane Zentren liegen bezüglich der Zweitstimmen unter dem bundesdeutschen Schnitt der AfD, wobei der Effekt dieser durch Zentralität geprägten Orte in das Umland auszugreifen scheint. Besonders deutlich wird dies im ‚Kerngebiet‘ Baden-Württembergs, in dem die Zentralität der Landeshauptstadt sowie der kosmopolitisch geprägten Universitätsstadt Tübingen deutlich wird. Die räumliche Nähe zu diesen Zentren, Binnenmigration und die dort anwesenden urban geprägten Personen bzw. der Kontakt zu diesen sind erste Erklärungsansätze, um dieses Ausgreifen des Urbanen und die damit einhergehenden verhältnismäßig niedrigen AfD-Wahlergebnisse zu erklären. Dies steht in starkem Kontrast zu den hohen Wahlergebnissen der AfD im ruralen Gürtel um dieses Kerngebiet. Unserem Erklärungsansatz folgend, sind diese Gebiete mit einer zunehmenden Urbanisierung ihrer zumal rural geprägten Lebenswelt konfrontiert. Dieses Aufeinandertreffen scheint hier jedoch, anders als im direkten Umland von urbanen Zentren, vermehrt zu Konflikten zu führen, welche sich möglicherweise durch die AfD instrumentalisieren lassen und damit eine Politisierung der Lebenswelten ermöglicht.

9. Literatur

- Belina, Bernd. 2022. „Land im Westlichen Marxismus. Adorno und Lefebvre“. in Ungleiche ländliche Räume. Widersprüche, Konzepte und Perspektiven. Bielefeld: transcript Verlag.
- Förtner, Maximilian, Bernd Belina und Matthias Naumann. 2019. „Stadt, Land, AfD. Zur Produktion des Urbanen und des Ruralen im Prozess der Urbanisierung“. Suburban - Zeitschrift für kritische Stadtforschung (Band 7, heft 1/2):23–44.
- Frankenberger, Rolf, Lena Hinz, Olaf Kühne, Bjarne Pfau und Emilia Schmid. 2024. Raumkonstruktionen extrem rechter Parteien in Deutschland. Eine explorative Studie. Wiesbaden: Springer VS.
- Frankenberger, Rolf, Tim Fröhlich, Cornelius Klodt und Bjarne Pfau. 2025. Ein Blick zurück. Die AfD bei der Bundestagswahl 2021. IREx:RESEARCH Working Paper #2, 25.02.2025.
- Fröhlich, Tim, Rolf Frankenberger und Bjarne Pfau. 2024. Erfolge der AfD auf Bundes-, Landes- und Kommunalebene. Was kann man mit Strukturdaten erklären – und was nicht? IREx:RESEARCH Working Paper #1. 17.05.2024
- Kühne, Olaf, und Florian Weber. 2019. Hybrid California. Annäherung an den Golden State, seine Entwicklungen, Ästhetisierungen und Inszenierungen. Wiesbaden: Springer VS.
- Kühne, Olaf. 2016. „Transformation, Hybridisierung, Streben nach Eindeutigkeit und Urbanizing former Suburbs (URFSURBS): Entwicklungen postmoderner Stadtlandhybride in Südkalifornien und in Altindustrieräumen Mitteleuropas – Beobachtungen aus der Perspektive sozialkonstruktivistischer Landschaftsforschung“. S. 13–36 in StadtLandschaften. Die neue Hybridität von Stadt und Land., Hybride Metropolen. Wiesbaden: Springer VS.
- Lefebvre, Henri. 2013. „From the City to urban Society“. S. 36–51 in Planetary Urbanization. JOVIS.
- Merkel, Wolfgang, und Michael Zürn. 2019. „Kosmopolitismus, Kommunitarismus und die Demokratie“. S. 67–102 in Internationale Gerechtigkeit und institutionelle Verantwortung, herausgegeben von J. Nida-Rümelin, D. Daniels, und N. Wloka. Berlin, Boston: De Gruyter.

Impressum

Universität Tübingen, Institut für Rechtsextremismusforschung (IRex)

PD Dr. Rolf Frankenberger rolf.frankenberger@uni-tuebingen.de | Tim Fröhlich, M.A. | Bjarne Pfau

Geschwister-Scholl-Platz • 72074 Tübingen • www.uni-tuebingen.de/irex